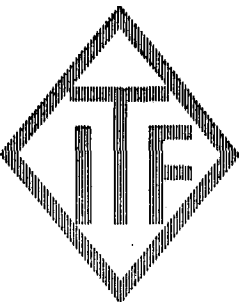




FASCHISMUS

Nummer 6

Amsterdam, den 22. September 1934.



"Mitleid ist Sünde". (ITF) Die Nationalsozialisten haben
===== die Arbeitsschlacht verloren,
sie fürchten die Folgen ihrer Niederlage: sie wollen deshalb die Erwerbslosen in möglichst kleinen Gruppen über das ganze Land verteilen. Jungarbeiter werden aus den Betrieben herausgezogen und durch Familienväter ersetzt, die durch die Rücksicht auf Frau und Kind gebunden sind.

Die Jungarbeiter werden unter die militärische Disziplin der Arbeitslager gestellt. Die städtischen Erwerbslosen werden in den Barackenlagern an den Autostrassen oder in den Schnitterkasernen der grossen Güter untergebracht und müssen dort zu elenden Löhnen arbeiten. Die Männer, die als Wanderarbeiter über Land geschickt werden, wissen, dass ihre Familie in grösster Not zurückbleibt; erwerbslosen Frauen, die zur Landhilfe gepresst werden, werden die Kinder fortgenommen und ins Waisenhaus gesteckt, ihre Möbel verderben auf dem Gemeindespeicher. Wer irgend kann, weigert sich, derartige Arbeiten anzunehmen. Bei Arbeitsverweigerung wird zwar für 6-12 Wochen die Unterstützung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung entzogen, doch muss nach den noch geltenden Bestimmungen der Republik das Wohlfahrtsamt der Gemeinde einen wenn auch wesentlich geringeren Unterstützungssatz zahlen. Der Widerstand der Erwerbslosen aber durchkreuzt die Absichten der Nationalsozialisten. Das "Arbeitertum", die Halbmonatschrift der Deutschen Arbeitsfront, fordert deshalb Fortfall jeder Unterstützung für alle, die Arbeit in der Landhilfe, im Arbeitsdienst oder bei auswärtigen Notstandsarbeiten verweigern. "Hier darf es nur heissen, Mitleid ist Sünde".

Dem Wunsch der Arbeitsfront folgend, hat die Reichsregierung bereits die Anweisung erlassen, dass Wohlfahrts-erwerbslosen, die sich dagegen wehren, als Wanderarbeiter verschickt zu werden, die Unterstützung mindestens "weitgehend beschränkt" werden soll, wenn nicht gar ganz entzogen. Die Nationalsozialisten wollen die Erwerbslosen, die sich verzweifelt gegen die Sklavonarbeit wehren, kaltblütig verhungern lassen.

30% Preissteigerung. (ITF)
 =====
 Durch den Rückgang des deutschen Exportüberschusses und durch die vermehrte Einfuhr von Kriegsrohstoffen fehlt es im Dritten Reich an ausländischen Zahlungsmitteln zur Bezahlung der für die Industrie notwendigen Rohstoffe. Die Preise für Textilwaren sind bereits ausserordentlich gestiegen, sowohl für gute Waren wie für Ersatzstoffe. Der holländische Konsul Schmid berichtete seiner Regierung aus Essen: "Im Textilgrosshandel sind Preissteigerungen von durchschnittlich 12% festzustellen, doch sind Preissteigerungen von 30-35% keine Ausnahme. Für Material, das aus Ersatzgrundstoffen hergestellt wurde, wird 10-20% mehr verlangt, als bisher Originalqualität kostete; in den meisten Fällen müssen neue Maschinen (zur Fabrikation aus Ersatzstoffen) in Gebrauch genommen werden". Diese Preissteigerungen werden sich in kurzer Zeit auch im Einzelhandel auswirken. Die Kaufkraft der Löhne wird dadurch weiter verringert.

Hitler schützt den Profit. (ITF)
 =====
 Hitler sah sich am 21. März bei der Eröffnung der Arbeitsschlacht 1934 genötigt, die Arbeiter, die im Dritten Reich, wie er darlegte, zu "geradezu unmöglichen Lohnsätzen" arbeiten, zu beruhigen. "Wir werden von jetzt ab jedem Versuch, eine Steigerung der Dividendenhöhe herbeiführen zu wollen, mit allen und den entschlossensten Mitteln entgegenzutreten wissen". In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben einige Leute gemeint, dass man Worten des Führers der nationalsozialistischen Partei glauben dürfe. Als jetzt Dr. Schacht mit nahezu unbeschränkten Vollmachten Reichswirtschaftsminister wurde, fragten amerikanische Journalisten den Wirtschaftsdiktator des Dritten Reichs, ob er Massnahmen zur Beschränkung des Unternehmerprofits ergreifen werde. "Auf den Hinweis, dass man im Ausland annehme, die deutsche Regierung suche die Gewinne niedrig zu halten", berichtet das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro am 27. August, hat "Dr. Schacht ausgerufen: 'Das ist närrisch oder dumm! Der Gewinn ist die einzige Quelle industriellen Wohlstandes. Die Industrie muss in der Lage sein, Gewinne zu erzielen. Wir brauchen Geld, und der Weg dazu ist, die privaten Unternehmungen gewinnbringend zu gestalten'."

Wer radikal nationalsozialistischen Phrasen glaubt, ist, wie Dr. Schacht mit Recht betont, närrisch oder dumm. Die Sicherung des Profits der Unternehmer ist das A und O der nationalsozialistischen Politik.

Tatü, tata! "Die grossartigste Leistung des neuen Reiches". (ITF)
 =====

Der letzte deutsche Kaiser, Wilhelm II., hatte eine besondere Autohype, deren Ton im Volksmund tatü, tata unterlegt wurde. Dieses tatü tata wurde zum Symbol der Fassadenherrlichkeit des deutschen Kaiserreiches. Jetzt feiert diese Herrlichkeit fröhliche Urstände. Bei dem Parteitag der Nationalsozialisten wurde der Bau der Autostrassen als "die grösste Leistung des neuen Reiches" bezeichnet, und Hitlers Stellvertreter, Reichsminister Hess, stellte sogar fest: "Der Bau der Autostrassen ist Sozialismus im besten Sinne" Reichskanzler Hitler hatte vor kurzem erst bestätigt, dass die zum Bau der Autostrassen kommandierten Arbeitslosen zu menschenunwürdigen Löhnen arbeiten müssen. Die Rede seines Stellvertreters zeigt, dass Arbeit zu Hungerlöhnen Nationalsozialismus "im besten Sinne" ist.

Reichsminister Hess pries die Arbeitsbeschaffung durch die Autobahnen: "Die Arbeit an der Verwirklichung des Strassenbauprogramms gab bisher bereits 150 000 Arbeitern auf den Baustellen Arbeit, Lohn und Brot" (Bericht des "Völkischen Beobachter" vom 4. September). Unglücklicherweise war aber 4 Tage vorher veröffentlicht worden, dass am letzten (sicher günstig gewählten) Stichtag nur 38 600 Mann auf den Baustellen der Autostrassen beschäftigt waren. 90 000 Arbeiter hat Hitlers Stellvertreter hinzugeschwindelt. Tatü, tata!

Billige Arbeiter -- billige Rohstoffe. (ITF)
 =====
 Der deutsche Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht hat in seiner Leipziger Rede angekündigt, dass bei der Produktion von Inlandsrohstoffen die Unternehmer künftig eine Lohnsubvention in Höhe der Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Wie der "Völkische Beobachter" (vom 8. September) mitteilt, wird diese Methode der Lohnsubvention in Höhe der Arbeitslosenun-

3.)

diese Methode der Lohnsubvention bereits praktiziert. Die Gruppe Ostmark des "Freiwilligen" Arbeitsdienstes wurde zum Sammeln von Rohharz eingesetzt. Das "vom Arbeitsdienst Ostmark erzeugte Terpentinöl ist den amerikanischen und französischen Auslandsölen vollkommen gleichwertig". In ganz Deutschland soll jetzt durch den Arbeitsdienst die Kiefernharznutzung weiter ausgebaut werden. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Aktion bleibt abzuwarten; auch während des Weltkrieges wurde Öl, das aus von Kindern gesammelten Bucheckern gepresst wurde, den feinsten Speiseölen gleichwertig erklärt. Fest steht bisher nur, dass zu Zwangsarbeit kommandierte Jungerwerbslose gegen eine Vergütung von 27 Pfg. täglich, die Arbeit bisher voll-entlohnter Forstarbeiter leisten müssen.

Hungerpeitsche statt Kontrollkarte. (ITF) Der Stellvertreter Hitlers hat verboten, dass die Deutsche Arbeitsfront weiter durch besondere Kontrollkarten den Besuch ihrer Versammlungen kontrolliert. Die Veröffentlichung der antifaschistischen Presse der Welt ist den Nationalsozialisten auf die Nerven gefallen.

In Wirklichkeit ist dieser Erlass jedoch nur ein Täuschungsmanöver. Drei Tage vor seiner Verkündung wurden die neuen Richtlinien über die Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront veröffentlicht. Diese Richtlinien sehen vor (Punkt 10, Absatz 2), dass jedes Mitglied ausgeschlossen wird, das sich "fortgesetzt von der Teilnahme an den Pflichtveranstaltungen oder Kursen fernhält". Wer aus der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen ist, gilt aber als Staatsfeind und hat keinerlei Aussicht, Arbeit zu erhalten. Der Besuch der Versammlungen der Deutschen Arbeitsfront wird nach wie vor kontrolliert und mit der Hungerpeitsche erzwungen.

Das grosse Geheimnis. (ITF) Wie viele Mitglieder die Deutsche Arbeitsfront hat, scheint niemand zu wissen. Die offiziellen Angaben schwanken zwischen 17 und 30 Millionen. Am 8. April hat Dr. Ley in Köln die Mitgliedszahl mit 20 Millionen angegeben, am 23. April behauptete der Organisationsleiter der Arbeitsfront, Selzner, es seien 30 Millionen. Am 15. Mai verriet Dr. Ley den Korrespondenten der Auslandspressen, die Arbeitsfront habe 23 Millionen Mitglieder. Auf dem Nürnberger Parteitag der Nationalsozialisten gab Dr. Ley gleich zwei verschiedene Mitgliedszahlen an: am 7. September sprach er von 17 Millionen und am 8. September von 21 Millionen. Bössartige Miesmacher behaupten, dass die Zahl der Mitglieder der Arbeitsfront mit dem Alkoholkonsum Dr. Leys steigt und fällt.

Die Beiträge der Arbeitsfront. (ITF) Im Januar 1934 setzte die Deutsche Arbeitsfront zum ersten Mal einheitliche Beiträge für die Einzelmitglieder fest. Die Beiträge waren gestaffelt und betragen für Unternehmer bis zu 20 RM im Monat.

Vorteil von der Arbeitsfront haben eigentlich nur die Unternehmer, in deren Interesse die Arbeiterschaft bespitzt und abgelenkt werden soll. Es wäre also nicht mehr als recht und billig, wenn die Unternehmer auch die Kosten des Apparats der Arbeitsfront aufbrächten. Doch die Unternehmer haben sich im Gegenteil gegen die bisherigen Beiträge gewehrt und erreicht, dass die Beitragsstaffel revidiert und die Beiträge für die Grossverdiener um rund 50% herabgesetzt wurden. Von den Arbeitern und Angestellten werden die Beiträge in alter Höhe eingetrieben.

Arbeiter, ich schwöre Dir..... (ITF) Die Kampfverbände der deutschen Arbeiter sind vernichtet, aber die Unterstützungseinrichtungen der vernichteten freien Gewerkschaften bestanden wenigstens auf dem Papier noch weiter. Das Kontrollrecht der Mitglieder wurde aufgehoben, Abrechnungen wurden nicht mehr gegeben und die den Mitgliedern zustehenden Unterstützungen von den Nazi-Bonzen nach Gutdünken gewährt oder verweigert.

Hatte doch Dr. Ley nach der Besetzung der Zentralen der freien Gewerkschaften feierlich versprochen: "Arbeiter, ich schwöre Dir, wir werden alles erhalten!" Dabei kann er doch wohl nur an die Unterstützungseinrichtungen gedacht haben.

In Mai 1934 wurden "nur für den Dienstgebrauch", d. h. für die N.S.D.A.P.-, D.A.F.- und N.S.B.O.-Bonzen Richtlinien über die künftig von der Arbeitsfront zu zahlende Unterstützung gegeben, welche die Zerstörung des Unterstützungswesens der Gewerkschaften orknonen liessen. Soeben sind aber neue Richtlinien veröffentlicht worden,

4.) die eine weitere Verschlechterung vorsehen.

Die Mitglieder, welche oft durch jahrzehntelange Beitragszahlung hohe Anwartschaften erworben haben, werden mir nichts dir nichts ihrer Rechte beraubt. Erstens prüft die Deutsche Arbeitsfront die Bedürftigkeit des Mitgliedes, bzw. seiner Hinterbliebenen und von dieser Untersuchung hängt ab, ob eine Gewährung von Unterstützung überhaupt in Frage kommt. Tatsächlich haben wir es hier mit einem neuartigen Unterstützungs- oder besser gesagt Versicherungswesen zu tun.

Vergleichen wir z. B. den neuen Zustand mit dem was früher in dem der I.T.F. angeschlossenen Gesamtverband bestand, so ergibt sich, dass die Streikunterstützung aufgehoben worden ist. Dasselbe gilt für die Gemassreguliertenunterstützung, die Reiscunterstützung und die Umzugsunterstützung. Für Seelcuter und Binnenschiffer wird die Effektenverlustunterstützung abgeschafft.

Soweit aber die anderen Unterstützungen bestehen bleiben und es einem Mitglied gelingt, die Bedürftigkeitsprüfung zu überstehen, erhält es einen weit geringeren Unterstützungsbetrag als früher.

Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sollte nach den Propagandariichtlinien vom Mai je nach der Dauer der Mitgliedschaft für 48 - 130 Tage gewährt werden. Jetzt für 42 - 96 Tage; das bedeutet, wenn man die Durchschnittsbeiträge miteinander vergleicht, eine Verminderung der Gesamtunterstützung von den im Mai versprochenen RM. 45,50 auf RM. 33,60, also um rund 30%. Im alten Gesamtverband würde der Höchstbetrag in der Durchschnittsbeitragsklasse fast das Doppelte, d. h. RM. 64,80 ausmachen. Eine weitere Verschlechterung besteht darin, dass man im Gesamtverband früher innerhalb einer Beitragsperiode von 78 aufeinanderfolgenden Wochen die Höchstunterstützung erhalten konnte, während diese Periode nun auf 2 Jahre ausgedehnt worden ist. (Zu berücksichtigen ist, dass die vom Verband gezahlte Arbeitslosen-, bzw. Krankenunterstützung ein Zuschuss auf die staatliche Unterstützung darstellt.)

Die Invalidenunterstützung der Deutschen Arbeitsfront beträgt in der Durchschnittsbeitragsklasse nach 10-jähriger Mitgliedschaft RM. 4,50 monatlich und steigt alle Jahre um RM. 1,50. Ausgezahlt wird sie allerdings nur in den seltensten Fällen. Ein Invalide, dem auch nur 50% des Durchschnittsnettoeinkommens seiner Berufsgruppe zur Verfügung steht, erhält keinen Pfennig Unterstützung. Im Mai war noch versprochen worden, dass auch Invaliden, denen 2/3 des Durchschnittseinkommens ihrer Berufsgruppe zur Verfügung stehen, Anrecht auf Invalidenunterstützung haben sollten. Inzwischen hat die Partei, die in ihrem Parteiprogramm "einen grosszügigen Ausbau der Altersversorgung" (Punkt 15) versprochen hatte, beschlossen, einem weiteren Teil der Arbeitsinvaliden ihre Unterstützung zu stehlen.

Manche Arbeiter hofften, dass die Deutsche Arbeitsfront doch wenigstens die Unterstützungen garantieren und die erworbenen Rechte anerkennen werde, aber weit gefehlt! Nationalsozialistische Versprechungen sind keinen Pfifferling wert!

Probemobilmachung. (ITF) Offiziell zählt die deutsche Reichswehr nur 100 000 Mann, die wirkliche Zahl wird sich auf 300 000 belaufen, im Vergleich zur Weltkriegsarmee immer noch eine kleine Truppe. Die Manöver dieser Truppe haben daher nur begrenzten militärischen Wert, ein Teil der Manöver wird deshalb unter Hinzuziehung der Deutschen Arbeitsfront ausgeführt. Ende Juli marschierten in Döbeln gegenüber der tschechischen Grenze "mehr als 50 000 Menschen in musterergültiger Aufmarschdisziplin" zum "Generalappell" auf. "Ein Bataillon des Reichswehrrinfanterieregiments 11", SA, SS und Arbeitsdienst beteiligten sich an diesem Aufmarsch der Arbeitsfront. Die Parade wurde gemeinsam von Dr. Loy und dem stellvertretenden Bataillonskommandeur, Hauptmann v. Linstow, abgenommen, die feststellten, dass Eisenbahn und Kraftfahrzeugpark für den raschen Transport von Soldaten an die tschechische Grenze gerüstet sind. Der Generalappell in Döbeln fand am 31. Juli statt, Aufmärsche in Zwickau und Ölsnitz waren ihm vorangegangen.

Am 26. August wurde die Probemobilmachung in Breslau und Koblenz wiederholt. In Koblenz wurde diese Probemobilmachung durch eine Saarkundgebung schlecht getarnt, in Breslau durch eine Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront. Nach Koblenz gegenüber der französischen Grenze fuhren 180 Eisenbahnzüge und zahllose Kraftfahrzeuge. Nach Breslau werden rund 600 000 Mann zusammengezogen; es war, wie der nationalsozialistische Gaulquäker Schlesiens, Brückner, erklärt, "die grösste technische Leistung der Deutschen Reichsbahngesellschaft nach dem Kriege". Die Kosten dieser Manöver werden

5.) nur zum Teil aus den den Arbeitern und Angestellten abgepressten Beiträgen gezahlt. Für die Breslauer Kundgebung z. B. wurden in den Betrieben über eine Million Eintrittskarten verkauft -- wer sich zu kaufen weigerte, riskierte Konzentrationslager. Um auch die Teilnahme zu erzwingen, wurden Kontrollkarten ausgegeben. Für Verpflegung musste jeder Teilnehmer aus eigenen Mitteln sorgen. Ein Teil der unfreiwilligen Breslaufahrer konnte erst am Montagmorgen die Heimfahrt antreten, auf den ihnen durch die Teilnahme an Manöver entgangenen Arbeitsverdienst wurde keine Rücksicht genommen.

Die Reichsbahn hat, um den Anforderungen des Generalstabs gerechtwerden zu können, ihr Werkstättenpersonal in den entscheidenden Verkehrszentren vermehren müssen. Bei der Einstellung von 600 Werkstättenarbeitern im Ausbesserungswerk X erläuterte der Betriebsleiter die Neueinstellungen: "Wir müssen für den Krieg gerüstet sein".

Das Fahrpersonal der Reichsbahn hat keine Möglichkeit, sich gegen die dauernde Überbeanspruchung zu wehren; die Dienstpläne werden von den Betriebsleitern ohne Anhörung des Personals festgesetzt.

"Soziale Gerechtigkeit". (ITF) Die Not der italienischen Arbeiterschaft ist gross. Apulien ist das Notstandsgebiet Italiens. Nach amtlichen Feststellungen (Bolletino ufficiale di statistica, Juni 1934) wohnen in Apulien im Durchschnitt 3 Personen in einem Raum. In manchen Gemeinden kommen auf jeden Raum 4 Menschen. Und diese "günstige" Zahl kommt nur dadurch zustande, dass die Küche als besonderer Raum gerechnet wurde. In der Hafenstadt Apuliens, in Bari, hat die Hälfte der Wohnungen keine Wasserleitung. Hunger und Verwahrlosung lassen die Zahl der Malaria-Erkrankungen ansteigen. Seit 1930 wagt die Regierung nicht mehr, die Statistik der Malaria-Erkrankungen veröffentlichten zu lassen. Die Kindersterblichkeit wächst mit jedem Jahr des faschistischen Regiments.

Die apulischen Arbeiter sind die schlechtestbezahlten Italiens. Die Regierung gibt für Apulien einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1.20 Lire (25 Pfg.) an, im weiten Abstand folgt Sardinien mit 1.58 Lire (33 Pfg.). Der Durchschnittsstundenlohn für ganz Italien beträgt 1.82 Lire (40 Pfg.) Da amtlich die durchschnittliche Arbeitszeit mit monatlich 157 Arbeitsstunden angegeben wird, verdient der apulische Arbeiter 193 Lire im Monat, das sind 6.20 Lire (RM. 1,30) pro Tag. Der apulische Bauer muss als Landerbeiter auf den Gütern arbeiten, um überhaupt existieren zu können. Er erhält 4-5 Lire (RM. 0,85 - 1,075) pro Tag und ist froh, wenn er mit 80-150 Arbeitstagen im Jahr rechnen kann.

Jetzt hat Mussolini am 7. September eine Reise nach Apulien gemacht und an verschiedenen Orten gesprochen. Eine Armee von Geheimpolizisten schützte ihn vor der Liebe der Hungernden. Carabinieri sperrten die Strassen ab; nur wer auf dem Gemeindeamt einen besonderen Ausweis erhalten hatte, durfte sich auf der Strasse zeigen. Mussolini versicherte in seiner Rede, dass gerade Apulien den Sogen des Faschismus besonders verspürt habe. Der Faschismus werde auch weiterhin "eine höhere soziale Gerechtigkeit verwirklichen".

Die faschistische Polizei begann mit der Verwirklichung sofort. Sie nahm Massenverhaftungen vor.

Zusammenbruch. (ITF) Die Versprechungen, mit denen die nat.-soz. Regierung Danzigs in Juli 1933 antrat, sind vergessen. Nach 14 Monaten musste der nationalsozialistische Präsident des Danziger Senats in einer Rundfunkrede "allen denen entgegentreten, die glauben, dass man ein Volk mit Versprechen füttern muss, um es willig zu erhalten". Die Völker merken, dass Versprechungen nicht satt machen. Jetzt muss der nationalsozialistische Senat die Einstellung der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verkünden. Nicht einmal zur Unterstützung der Danziger Arbeitslosen sei noch Geld vorhanden. Die Danziger Arbeitslosen sollen durch Kurzarbeit aller Arbeiter und Angestellten von Arbeitsamt verschwinden. Gleichzeitig sollen sämtliche Löhne und Gehälter erheblich gesenkt werden. Die Arbeitenden, deren Einkommen durch die von nationalsozialistischen Treuhänder diktierten Kürzungen und durch Kurzarbeit gleichzeitig doppelt gesenkt werden, sollen sich jedoch nicht gegen die "angebliche Habgierigkeit des Kaufmanns" oder den "Egoismus anderer Erwerbsstände" wenden. Sie sind die Opfer der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Sie sollen, wünscht der Danziger Präsident, "in der Entsagung gross" sein und sich von den Pfeffersäcken den Rest aus der Tasche ziehen lassen, den die nationalsozialistischen Schmarotzer überiggelassen haben. Das ist der braunen Weisheit letzter Schluss.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

"So haben wir es uns nicht vorgestellt". (ITF) Die faschistischen
 =====
 Heimwehren

Österreichs hatten ihren Anhängern die grössten Versprechungen gemacht. Sobald die freien Gewerkschaften zerstört und die Herrschaft des roten Wien gebrochen sei, werde die christliche Diktatur für soziale Gerechtigkeit sorgen. Vergeblich fordern jetzt die enttäuschten Anhänger des grün-weißen Faschismus die Einlösung der Versprechungen. Statt der versprochenen Besserung der sozialen Lage kam Lohnsenkung und Unternehmerwillkür. Die Empörung der Verratenen nahm ein solches Ausmass an, dass sich die Leitung der Heimwehrorganisationen gezwungen sah, die Entrüsteten in den Heimwehr-Zeitschriften zu Wort kommen zu lassen. In "Der Strassenbahner", der von der Heimwehr für die Wiener Strassenbahner herausgegebenen Halbmonatsschrift, stellt (am 1. August) ein ernüchterter Strassenbahner fest: "Die grösste Hoffnung setzten die (in der Heimwehr organisierten) Fahrbediensteten in die Zeit nach dem 12. Februar 1934, dachten sie doch, dass es nur die roten Herrscher und ihre Lakaien im Verbands- und auf den Bahnhöfen seien, die an der immer weiterschreitenden und immer intensiver werdenden Ausbeutung unserer Arbeitskraft festhalten. Und siehe da. Es kam anders, als wir uns vorstellten... Die Erhöhung der Tourenzahl auf allen Linien beweist uns das Gegenteil von dem, was wir uns erhofft haben".

Entrechtung: "War im Kollektivvertrag noch die Bestimmung verankert, dass der Vertrauensmänner-Ausschuss auf den Bahnhöfen die (Dienst-)Pläne kontrollieren und auch Einspruch gegen diese erheben kann, so wurde diese Bestimmung in dem Moment aufgehoben, in welchem die Vertrauensmänner-Mandate (von der christlichen Diktatur! - Red.) als erloschen erklärt wurden.

Mit der Beseitigung der Vertrauensmänner verschwand aber auch das Recht, irgendwelchen Einfluss auf die Erstellung der Pläne durch den zweiten Vertragspartner ausüben zu können. 5 Monate sind seit dem Umsturz verfloßen, und immer noch warten wir auf die "Einsetzung einer endgültigen Vertretung". Immer noch haben wir ein Provisorium, und wenn man nun einen der Gewährsmänner der christlichen Organisation fragt, so hört man die wenig erfreuliche Antwort, dass wir nur ein Provisorium seien und man daher nichts machen könne. Und während wir nichts machen können, benutzt die Direktion (die nach der Niederschlagung der Arbeiterschaft mit Vertrauensleuten der christlichen Diktatur besetzt wurde - Red.) diese Zeit des sogenannten vertraglosen Zustandes, um die Tourenanzahl ins Endlose zu steigern, führt also einen Raubbau durch. Und dies alles, weil wir nichts machen können".

Die Direktion diktiert: Die Direktion sagt sich das Gegenteil: gerade jetzt kann man was machen, kürzt die Fahrzeiten, nimmt die Stehzeiten weg und verbilligt den Betrieb auf allen Linien auf unsere Kosten. Und das alles, weil wir noch immer nichts machen können...das alles im vertraglosen Zustand. Da müssen wir schon sagen, so haben wir es uns nach dem Umsturz nicht vorgestellt, dass man der fürchtbaren Arbeitslosigkeit Rechnung tragend zum mindesten nicht noch diese vermehrt, während die Dienstleistenden bis zum Zusammenbrechen eingespannt werden".

Die enttäuschten Anhänger der christlichen Diktatur werden erkennen, dass Klagen die faschistischen Diktatoren nicht rühren. Nur der Kampf in den Reihen der neuen Organisation der tapfer weiterstreitenden österreichischen Freigewerkschafter eröffnet den Weg zur Freiheit.

Die Opfer. (ITF) Der Mangel an Textilrohstoffen beginnt sich in
 =====
 Dritten Reich auszuwirken. Die Berliner "Textilzeitung" vom 2. September meldet: "Durch eine Verfügung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn werden nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Mittel für Rangierbedienstete Berufskittel aus dichten Geweben eingeführt. Die bisher für Rangierbedienstete gehaltenen Regenmäntel aus Wollstoff fallen fort, vorhandene sind jedoch aufzutragen". Diese "dichten" Gewebe sind im Gegensatz zu den bisher benutzten Lodenstoffen nur ein unzureichender Watterschutz. Die Rangierer müssen mit ihrer Gesundheit dafür büßen, dass die nationalsozialistische Diktatur durch übersteigerte Einfuhr von Kriegsmaterialien die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung unmöglich macht.